

Gute Bildungseinrichtungen - Wegbereiter gelungener Integration -

Fraktionsbeschluss 24. Mai 2011

In Deutschland besteht ein - im internationalen Vergleich - besonders starker Zusammenhang zwischen dem sozio-ökonomischen und bildungsbezogenen Status der Eltern und den schulischen Entwicklungschancen ihrer Kinder. Das ist eine zentrale Erkenntnis auch der aktuellen Studie „PISA 2009“.¹

Unser Bildungssystem erweist sich also nach wie vor als unfähig, Kindern - auch und gerade - aus armen Familien gerechte Bildungschancen zu gewährleisten.

Wir wissen: Trotz unzähliger Erfolgsgeschichten sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland immer noch wesentlich häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Sie sind daher dieser vielfachen Selektion des deutschen Bildungssystems im besonderen Maße ausgesetzt – ein Teufelskreis.

An vielen Bildungseinrichtungen in sogenannten sozialen Brennpunkten stammt ein Großteil der Schülerinnen und Schüler nicht nur aus armen, sondern auch aus Familien, in denen kein Deutsch gesprochen wird beziehungsweise die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Diese Dopplung von sozialer und sprachlicher / kultureller Ausgrenzung ist für uns ein folgenschwerer Ausdruck einer tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Fehlentwicklung.

Wenn in unserem Land die „soziale Leiter“ nicht mehr richtig funktioniert, ist das gesellschaftspolitisch fatal: Denn die oftmals generationenübergreifende Erfahrung sozialer, aber eben auch kultureller Ausgrenzung, führt bei vielen Kindern der 2. / 3. Einwanderer-Generation zur Resignation – und als Folge dessen auf der einen Seite zum Rückzug (zum Beispiel in die eigene Community) oder zur zum Teil aggressiven Suche nach Identifikation, Respekt und Bestätigung.

Hier wollen wir Grüne gegensteuern.

Integration und Identifikation mit unserer Gesellschaft kann nur gelingen, wenn es eine realistische Aussicht gibt, in einem offenen und unterstützenden System mit eigener Bildungs- und Erwerbsarbeit den sozialen Aufstieg zu schaffen. Nur dann entwickelt sich die Motivation, sich in der Schule anzustrengen, eine qualifizierte Ausbildung zu absolvieren und sich mit unserem Land zu identifizieren.

Wer den sozialen Aufstieg verbessern will, muss daher vor allem das Bildungssystem insgesamt – und hierbei insbesondere die öffentlichen Bildungseinrichtungen - auf den Prüfstand stellen.

Wir meinen: Um Bildungsarmut zu beseitigen und ungleiche Chancen auszugleichen, brauchen wir gerade in benachteiligten Stadtteilen die besten Kindertagesstätten und Schulen sowie bestes pädagogisches Personal.

I. Die Herausforderungen

1. Methodische Defizite:

Die derzeitigen amtlichen Statistiken sind für eine umgreifende objektive Ist-Analyse genauso untauglich wie für eine verlässliche Bildungsplanung.²

- a. Bisher wurde nur zwischen Deutschen beziehungsweise Ausländern unterschieden. Dadurch fallen aber die (übrigens: oft überdurchschnittlichen) Bildungserfolge von eingebürgerten MigrantInnen statistisch unter den Tisch.
- b. Inzwischen verwenden einige Bildungsstatistiken das Merkmal des „Migrationshintergrundes“. Dem werden aber unterschiedliche Definitionen zu Grunde gelegt.

¹ OECD (2010): PISA 2009

² So der „Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ in seinem „Jahresgutachten 2010“, S. 137f

- c. Hinzu kommt, dass in dem 1. Integrationsindikatoren-Bericht der Bundesregierung klargestellt wurde, dass der Migrationshintergrund allein bei der Messung von Integrationserfolgen oftmals keinen Einfluss hat. So ist zum Beispiel in der Bildungspolitik der Geburtsort der Eltern / Großeltern völlig irrelevant.³ Wichtig ist vielmehr der soziale beziehungsweise Bildungsstatus einer Familie. Insofern sind hier auch Maßnahmen entscheidend (wie zum Beispiel das längere gemeinsame Lernen), bei denen der Migrationshintergrund eines Kindes keine Rolle spielt. Gleichwohl könnte es, wenn man den Umgang mit einer kulturell vielfältigen Schülerschaft gestalten will, sinnvoll sein zu wissen, welche Sprache in den jeweiligen Familien gesprochen wird, um zum Beispiel eine systematische Sprachförderung, eine interkulturellen Öffnung der Bildungseinrichtungen beziehungsweise die Entwicklung zielgruppenspezifischer Teilhabeformate (zum Beispiel für Eltern mit nur eingeschränkten Deutschkenntnissen) umzusetzen.

2. Multikulturelles Deutschland

Rund ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Menschen sind entweder selbst – oder deren Eltern und Großeltern sind im Ausland geboren. In einigen Großstädten – insbesondere in dortigen sozialen Brennpunkten – sowie bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen liegt diese Quote zum Teil deutlich höher. Kindertagesstätten und Schulen werden sich daher auf einen dauerhaft steigenden Anteil von Kindern und Jugendlichen einstellen müssen, in denen die Familiensprache nicht Deutsch ist.

3. Kita-Besuch

Eltern mit Migrationshintergrund haben ein ähnlich großes Interesse am Besuch ihrer Kinder in einer frühkindlichen Bildungseinrichtung wie Eltern ohne Zuwanderungsgeschichte. Entscheidend ist, dass Kinder tatsächlich Zugang zu einem Kitaplatz haben und dieser zum Beispiel nicht davon abhängig gemacht wird, ob die Eltern berufstätig sind.

Hat ein Kind aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte eine Kita besucht, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, später auch ein Gymnasium zu besuchen, um mehr als die Hälfte!

4. Pädagogisches Personal

Es gibt zu wenig Erzieherinnen und Erzieher beziehungsweise Lehrkräfte mit einer Zuwanderungsgeschichte. Und Besserung ist leider noch lange nicht in Sicht: Immer noch nehmen nur halb so viel Studierende mit Migrationshintergrund ein Lehramtsstudium auf, wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen ohne Migrationshintergrund. Auffallend ist zudem: Pädagogik-Studierende mit einer Zuwanderungsgeschichte brechen ihr Studium häufig ab.

5. Elternbeteiligung

Eltern haben ein natürliches Interesse am Erfolg ihrer Kinder in der Schule beziehungsweise im Beruf – ganz gleich, ob sie nun eine Zuwanderungsgeschichte haben oder nicht.⁴

Bildungsferne Eltern sind jedoch oftmals nicht ausreichend über die Angebote frühkindlicher Bildung informiert. Sie fühlen sich vom Bildungssystem – vor allem von der frühen Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder – überfordert. Diese Hilfslosigkeit steigt, je geringer ihre Deutschkenntnisse sind. Hinzu kommt, dass Kitas und Schulen ihrerseits oft keine Formate haben, bestimmte Elterngruppen zielgruppenspezifisch anzusprechen, sie zu informieren oder zur Mitarbeit einzuladen (zum Beispiel für Eltern mit geringen Deutschkenntnissen beziehungsweise spezielle Angebote für Mütter und für Väter).

³ BT-Drs. 16/13300, S. 12.

⁴ Dollmann, J.: "Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang" (2010)

6. Schulabschlüsse

Selbst bei gleichem sozio-ökonomischem Status sind Jugendliche mit Migrationshintergrund an deutschen Gymnasien deutlich unterrepräsentiert. Spiegelbildlich sind Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Haupt- und Realschulen - aber insbesondere auch an den Förderschulen - signifikant häufiger vertreten, als solche ohne Zuwanderungsgeschichte. Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die Hauptschule doppelt so häufig ohne Abschluss, wie ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund.

Auf der anderen Seite zeigt sich: Erreichen Jugendliche mit Migrationshintergrund einmal ein Gymnasium, dann legen sie heute schon (bei gleichem sozialem Status) fast ebenso häufig das Abitur ab, wie ihre Mitschüler ohne Zuwanderungsgeschichte.

7. Ausbildung und Studium

- a. Jugendliche ohne deutschen Pass absolvieren inzwischen zwar häufiger, aber immer noch viel zu selten, eine berufliche Ausbildung. Zudem wählen sie (gerade junge Migrantinnen) allzu oft Ausbildungsberufe ohne Aufstiegsperspektive. Diese geringe Ausbildungsbeteiligungsquote hängt aber auch damit zusammen, dass Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund (auch bei gleicher schulischer Qualifikation und Sprachkenntnissen) in Bewerbungsverfahren nachweislich schlechtere Chancen haben.
- b. An den Hochschulen zeigt sich: Haben junge Menschen mit Migrationshintergrund erst einmal eine Hochschulzugangsberechtigung, dann studieren sie häufiger als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Die Studienerfolge gerade von Eingebürgerten und den sogenannten Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern werden aber statistisch in vielen Untersuchungen (aufgrund unterschiedlicher Definitionen) nur unzureichend wahrgenommen.

8. Interkulturelle Spannungen an Schulen

Öffentliche Schulen sind ein Spiegel der Gesellschaft: Da Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Homophobie und Sexismus leider in allen Bevölkerungsschichten (ob mit oder ohne Migrationshintergrund) anzutreffen sind, schlägt sich dies auch im schulischen Alltag nieder (insbesondere bei denjenigen, die von sozialer Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit am stärksten betroffen sind):

- Es gibt an Schulen in Deutschland Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt. Diese richtet sich in der Regel gegen solche Schülergruppen, die an der Schule in der Minderheit sind. Mal sind die ausländischen Schülerinnen und Schüler Opfer dessen. Und an Schulen mit einem hohen Migrantenanteil sind dem dann diejenigen ohne Migrationshintergrund ausgesetzt.
- Wir stellen fest, dass insbesondere unter arabischen Jugendlichen antisemitisches Gedankengut zunimmt beziehungsweise dass auch hier lebende junge Muslime antisemitisch motivierte Gewaltdelikte verüben.⁵
- Wir beobachten, dass gerade bei sozial desintegrierten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund homosexuellenfeindliche Einstellungen wesentlich stärker verbreitet sind als bei ihren deutschen MitschülerInnen.⁶
- Und schließlich: Schülerinnen und Schüler mit einem muslimischen Hintergrund versuchen immer wieder Beleidigungen und Gewalt mit einer „Folklore [religiösen] Halbwissens“ zu begründen.⁷

⁵ Wetzel, J.: „Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland“, in: Schneiders, T. G.: „Islamverherrlichung“ (2010), S. 379ff. Ähnlich: Brettfeld, K. / Wetzels, P. (2007): „Muslime in Deutschland“, S. 496

⁶ B. Simon, B.: „Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und psychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie (2008), S. 87-99

⁷ So: Toprak, A./Nowacki, K.: „Gewaltphänomene bei männlichen, muslimischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Präventionsstrategien“ (Berlin, 2010, S. 21). Vgl. auch Lamya Kaddor „Muslimisch-Weiblich-Deutsch“ (München 2010 S. 20, 120f, 131 und 145).

Demgegenüber zeigt sich übrigens, dass Weigerungen am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht, am Sexualkundeunterricht und an Klassenfahrten teilzunehmen – statistisch gesehen – nur Einzelfälle sind. Bundesweit bleiben weniger als 1% aller muslimischen Schülerinnen diesen Schulveranstaltungen „aus religiösen Gründen“ fern.⁸

II. Der grüne Ansatz

Wenn Eltern aus Stadtvierteln wegziehen, die u. a. durch einen hohen Anteil von armen und bildungsfernen Migrantenfamilien geprägt sind oder wenn sie vor diesem Hintergrund einen Ausweg in Freie beziehungsweise Privatschulen suchen, dann hat dies in der Regel nichts mit einer „Flucht vor Multikulti“ zu tun. Es ist vielmehr Ergebnis eines eklatanten Versagens der Bildungspolitik, die den dortigen Kitas und Schulen weder die nötige Ausstattung noch die Kompetenz gibt, sich der örtlichen sozialen und kulturellen Vielfalt und auch den daraus resultierenden Problemlagen entsprechend zu entwickeln.

Ein individueller Wegzug beziehungsweise die Ausgrenzung von Kindern zum Beispiel mit Sprachdefiziten ist keine Lösung. Wir meinen: Chancengleichheit entsteht durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Und die muss schon in den Kitas beginnen, durch eine inklusive frühkindliche Pädagogik ohne Aussonderung. Wir wollen Mut machen für die Begegnung mit Vielfalt. Alle Kinder - ob mit oder ohne Migrationshintergrund - sollen schon in der Kita eine auf ihre individuellen Bedürfnisse ausgerichtete Förderung erhalten.

Und für die Schulen gilt: Nur grundlegende strukturelle Reformen zugunsten einer stärkeren individuellen Förderung und eines längeren gemeinsamen Lernens können dazu beitragen, die strukturellen Hemmnisse im Schulsystem - auch und gerade - für sozial schwache beziehungsweise für SchülerInnen mit einer nichtdeutschen Familiensprache zu mildern. Ein solcher Reformprozess kann aber nur nachhaltig sein, wenn er von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Darauf können jedoch weder Eltern, SchülerInnen noch die Schulen warten. Benötigt werden Sofortmaßnahmen, die allerdings die eigentliche Strukturreform weder aus den Augen verlieren noch diese behindern.

Wir Grünen wollen die öffentlichen Schulen vor allem in sozialen Brennpunkten fit machen, damit sie im Attraktivitäts-Wettbewerb mit den Schulen in sozial besser gestellten Stadtvierteln und mit Privatschulen bestehen können.

Zwar werden Freie Schulen von manchen, die es sich leisten können (und auch hier: gleichgültig ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund) zunehmend als „Refugium“ gesehen, um soziale Wirklichkeit und Probleme fernzuhalten. Und tatsächlich: Freie Schulen können kreative Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Schullandschaft sein. Freie Schulen sind aber nur selten in der Lage, die soziale und kulturelle Vielfalt eines Stadtteils adäquat widerzuspiegeln.

Nach wie vor sind vor allem öffentliche Schulen zentrale Orte gesellschaftlicher Integration. Öffentliche Schulen in dieser Funktion zu stärken ist grünes Kernanliegen. Deswegen wollen wir gerade öffentliche Schulen, ihre lokale Vernetzung und die Eigeninitiative der Eltern stärken.

Öffentliche Schulen in sozialen Brennpunkten müssen zu Aushängeschildern guten Lernens werden. Wir brauchen gerade hier nicht nur baulich und von der technischen Ausstattung her exzellente Schulen. Wir müssen den Lehrkräften ein Umfeld schaffen, in dem sie jahrgangs- und fächerübergreifend und projektorientiert arbeiten können und imstande sind, jeder und jedem Einzelnen innerhalb einer zunehmend heterogenen Schülerschaft gerecht zu werden. Und schließlich brauchen wir Schulen, die stärker selbstbestimmt arbeiten können, um methodisch innovativ sein zu können und neue, effektivere Formen des längeren gemeinsamen Lernens zu entwickeln und auszuprobieren. Diese Brennpunktschulen müssen so gut werden, dass es sich für alle lohnt, im Kiez wohnen zu bleiben.⁹

Ein solcher Ansatz, der gute öffentliche Schulen und Kitas als zentrale Wegbereiter einer gelungenen Integration und als Leitern für den sozialen Aufstieg begreift, ist nicht nur bildungs- und integrationspo-

⁸ BAMF: „Muslimisches Leben in Deutschland“ (2009) S. 183-188

⁹ Vgl. auch den Beschluss der BAG Bildung vom 5.11.2010: „Vielfalt leben – erfolgreiche sprachliche und interkulturelle Bildung für alle Kinder – kein Kind darf verloren gehen!“

litisch sinnvoll und notwendig, er ist auch ein wichtiger Baustein für den sozialen Frieden in unserem Land.

III. Was macht gute Bildungseinrichtungen aus?

1. Systematische frühkindliche Bildung

Gute Kindertagesstätten bieten kostengünstige, ganztägige Betreuungsplätze für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr an. Die Vergabe solcher Kita-Plätze orientiert sich an den Bedürfnissen des Kindes – und nicht länger an der Berufstätigkeit der Eltern. Gute Kitas verfügen über einen - auf jedes Kind zugeschnittenen - verbindlichen Bildungs- und Erziehungsplan sowie über ein effizientes Qualitätsmanagement. Sie setzen vom ersten Tag auf eine integrierte Sprachförderung.¹⁰ Die Erzieherinnen und Erzieher sind nicht nur im Hinblick auf ihre interkulturellen, sondern eben auch auf ihre (sprach)diagnostischen und (sprach)didaktischen Fähigkeiten hin aus- beziehungsweise fortgebildet. Und schließlich gestalten gute Kindertagesstätten einen sinnvollen Übergang zur Grundschule, indem Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte sich kennen und eng zusammenarbeiten.

2. Interkultureller Ansatz

Pädagogische Einrichtungen können – gerade in sozialen Brennpunkten - nur dann erfolgreich sein, wenn sie kompetent sind im Umgang mit Vielfalt. Hier gibt es für Schulen und Kitas einige Gemeinsamkeiten.

a. Respekt – Grundlage erfolgorientierter Bildungsarbeit

Gute Kitas und Schulen zeigen Respekt und Wohlwollen gegenüber der sozialen und ethnischen Heterogenität ihrer Schülerschaft. Sie erkennen in sozialer, sprachlicher und kultureller Vielfalt eine Chance, die zu besseren Leistungen aller Kinder und Jugendlichen führen kann – wenn sachgerecht vorgegangen wird.

b. Gelebte Interkulturalität

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich (seien es nun Erzieherinnen und Erziehern, Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern – aber auch solche in den Schulbehörden) sind ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche interkulturelle Bildungsarbeit, wenn gleich sie nicht als „integrationspolitisches Allheilmittel“ missverstanden werden dürfen. So lautet das Fazit der diesbezüglich ersten (und bislang einzigen) wissenschaftlichen Studie in Deutschland.¹¹

Diese Studie zeigt, welchen Gewinn PädagogInnen mit Migrationshintergrund darstellen können:

- Sie verkörpern das, was gesellschaftlich gelingen muss: Aufstieg durch Bildung.
- Sie haben durch ihre eigene Biografie einen besonderen Zugang zu Schülerinnen und Schülern mit einer Zuwanderungsgeschichte.
- Und ihre Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Ressource: Ihre Fähigkeit, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern außerhalb des Unterrichts in deren Familiensprachen anzusprechen oder Fremdheitserfahrung zu teilen, fördert das Gefühl gegenseitiger Anerkennens und das Vertrauen.

Allerdings: Oft wird die Aufgabe der Intervention beziehungsweise der Moderation bei Schülerinnen und Schülern beziehungsweise deren Eltern mit einer Zuwanderungsgeschichte einseitig an PädagogInnen mit Migrationshintergrund delegiert. Deren Engagement wird dadurch mit falschen und unerfüllbaren Erwartungen überfrachtet. Gleichzeitig wird die interkulturelle Kompetenz der anderen Fachkräfte nicht ausreichend eingefordert.¹² In einer guten Kita beziehungsweise Schule ist interkulturelle

¹⁰ Martin Spiewak: „Zu kurz, zu spät, zu abstrakt“ - Deutschunterricht für Migrantenkinder in der Kita (Zeit, 22. 10. 10)

¹¹ Georgi, V.: „Lehrende mit Migrationshintergrund in Deutschland: Eine empirische Untersuchung zu Bildungsbiographien, professionellem Selbstverständnis und schulischer Integration“ (im Erscheinen)

¹² <http://www.boell.de/bildungskultur/bildungssystem/bildungssystem-bericht-vom-multikulturellen-klassenzimmer-zum-multikulturellen-lehrerzimmer-10504.html>

Pädagogik daher Aufgabe aller ErzieherInnen und LehrerInnen. Um das zu erreichen, müssen Fragen interkultureller Bildung und Erziehung Pflichtmodul an der Pädagogischen Fach- und Hochschule sowie zentrales Element ihrer beruflichen Aus- beziehungsweise Fortbildung werden. Nur so kann das Wissen der interkulturellen Erziehung und Bildung zum Bestandteil des gesamten Schulalltags für alle werden.

c. Effektive Einbindung der Eltern¹³

Gute Kindergärten und Schulen praktizieren eine kultur- und milieusensible Elternarbeit. Sie bauen Brücken zum Beispiel für bildungsferne Eltern beziehungsweise für solche mit geringen Deutschkenntnissen. Sie wollen Eltern dabei unterstützen, ihre Kinder - in einem oftmals als unübersichtlich und fremd erlebten Bildungssystem - im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten bestmöglich zu begleiten und zu fördern. Wenn das gelingt, kann viel erreicht werden:

- Wahrnehmung von Sprachförder- beziehungsweise Alphabetisierungsangeboten für Eltern,
- Förderung der Sprachkompetenz beziehungsweise des Leseverhaltens in den Familien,
- Förderung einer auf Gewaltfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung ausgerichteten Erziehung,
- Abschluss von Erziehungs- und Bildungsvereinbarungen zwischen Kita/Schule und den Eltern.

Das Ziel einer solchen Elternarbeit besteht zwar darin, demokratische Grundwerte zu vermitteln – dies aber nicht nur als abstrakten Begriff. Vielmehr sollten sich diese Grundwerte auch im direkten Kontakt zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen sowie den Eltern widerspiegeln. Dazu gehört, dass Pädagoginnen und Pädagogen demokratische Grundwerte nicht nur vorleben, sondern diese auch von den Eltern einfordern. Dies entspricht dem von allen Seiten gewünschten respektvollen Umgang miteinander.

d. Gute Vernetzung

Gute Kindertagesstätten und Schulen sind im Stadtteil gut vernetzt mit Familienzentren, mit der Jugendhilfe, mit Migrantenorganisationen, mit Berufsbildungseinrichtungen sowie mit Kultur- und Sporteinrichtungen.

3. Durchgängige Sprachförderung

Gute Schulen führen die bereits in der Kita begonnene Sprachförderung fort – und zwar durchgängig durch alle Altersstufen und auch fächerspezifisch. Sie fördert gezielt auch den Erwerb der jeweiligen deutschen Fachsprache, die die Voraussetzung für den weiteren Bildungserfolg ist.

Eine gute Schule schätzt und fördert zudem auch die Mehrsprachigkeit. So weiß zum Beispiel auch die nicht-deutsche Familiensprache eines Kindes als Fundament für den Erwerb der deutschen Sprache zu nutzen. Sie bietet daher – ergänzend zu den klassischen Fremdsprachen – bei entsprechender Nachfrage auch ein Lehrfachangebot in den wichtigen Herkunftssprachen an.

4. Ganztägige Bildungsangebote

Eine Studie des Bundesbildungsministeriums zeigt: Kinder aus Familien mit geringerem sozioökonomischem Status beziehungsweise mit Zuwanderungsgeschichte profitieren in besonderem Maße vom Besuch der von Rot-Grün 2003 eingeführten Ganztagschulen: Die dortige qualitativ hochwertige Lernumgebung sowie die strukturierte und effektive Zeitnutzung führt gerade bei solchen SchülerInnen zu einer signifikanten Verbesserung der Noten in den Kernfächern.¹⁴

Positive Effekte einer ganztägigen Förderung zeigen sich auch schon in den Kitas. Daher ist nicht nur das flächendeckende Angebot gebundener Ganztagschulen geboten, sondern auch die Verankerung eines Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz im Kinder- und Jugendhilfegesetz.

¹³ Grundlegend hierzu: Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten: Interkulturelle Elternarbeit zur Sicherung von Erfolg im Übergang Schule-Beruf (Berlin, 2009)

¹⁴ BMBF (2010): „Ganztagschule: Entwicklung und Wirkungen“, S. 18f

5. Individuelle Förderung

Dass Schulen – auch und gerade - mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus armen beziehungsweise aus Familien mit einer nichtdeutschen Familiensprache - mithilfe kleiner Lerngruppen, individueller Förderpläne, eines auf das einzelne Kind abgestimmten Lerntempos oder durch jahrgangs- und fächerübergreifende Unterrichtsformen beziehungsweise projektbezogenes Lernen – Hervorragendes leisten können, das machen uns erfolgreiche Schulen – wie zum Beispiel der erste Träger des „Deutschen Schulpreises“, die Grundschule „Kleine Kielstraße“ aus Dortmund - vor.

6. Gelebte Demokratie und Toleranz

Integrationspolitik an der Schule baut auf dem allseitigen Willen und der Fähigkeit zum Dialog und zum Kompromiss auf.

a. Gelebte Demokratie

Mitsprache fördert Teilhabe und Identifikation, stärkt die Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und das soziale Miteinander. Erste Partizipationserfahrungen außerhalb des Elternhauses können Kinder übrigens schon in der Kita sammeln. Gute Kitas haben daher bereits ein Demokratie- und Teilhabe-konzept. Gute Schulen haben ebenfalls eine intensive Beteiligungskultur. Sie fördern zum Beispiel das gemeinsame Erarbeiten von Schulordnungen und Regeln.

b. Selbstorganisierte Gewaltprävention

Gute Schulen verfügen und fördern selbstorganisierte Programme zur Schlichtung von Streitereien zwischen ihren Schülerinnen und Schülern.

c. Alle nehmen teil

Eine gute Schule will allen SchülerInnen gemeinsame Erfahrungen ermöglichen und sie in ihrer gesamten Persönlichkeit fördern. Alle Schülerinnen und Schüler nehmen daher grundsätzlich am gesamten Unterrichtsangebot teil (auch an Klassenfahrten sowie Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht). Um dies auch im Konfliktfall zu gewährleisten, verfügen gute Schulen über ein solides Netzwerk im Stadtteil (bestehend aus anderen Schulen, Eltern, erfahrenen PraktikerInnen und MultiplikatorInnen aus den MigrantInnen-Communities). Ziel dessen ist es, die Unterrichtsteilnahme im gleichberechtigten Dialog zu ermöglichen – und dies eben nicht vor Gericht zu erzwingen.¹⁵

d. Klare Werteorientierung

Gute Schulen setzen sich gegen Gewalt und alle Formen der Diskriminierung ein - egal gegen wen sich diese richtet: ob nun gegen „Türken“, „Moslems“ – gegen „Deutsche“ oder „Juden“ – gegen Frauen oder Homosexuelle. Gute Schulen machen sämtliche Vorfälle von Diskriminierung und Gewalt an ihrer Schule (beziehungsweise in deren Umfeld) gegenüber den Schülerinnen und Schülern, dem Kollegium und gegenüber den Eltern zum Thema. Derartigen Einstellungen und Vorfällen werden konsequent, nachdrücklich, anhand klarer Regeln und mit professionellen Methoden entgegnet.

e. Religiöse Offenheit

Dort wo Religionsunterricht angeboten wird, müssen gute Schulen – auch und gerade in der Sekundarstufe - dringend auch dem Bedarf entsprechend einen Islamunterricht anbieten. Die Nachfrage danach ist sehr groß. Ein solcher Islamunterricht ist für uns vor allem eine Form der Anerkennung. Gleichwohl erwarten wir, dass in allen religiösen Unterrichtsformen klargestellt wird, dass es in Fragen des Menschenrechtsschutzes keinen „religiösen Rabatt“ gibt.

7. Schulen als lernende Einheiten

Gute Schulen genießen - im Rahmen der jeweiligen Schulgesetze und begleitet von der Schulaufsicht - eine stärkere Autonomie. Sie können über die konkrete Ausgestaltung ihrer Arbeit (zum Beispiel über die Umsetzung von Bildungsstandards) selbst entscheiden. Gute Schulen sind experimentierfreudig: sie

¹⁵ 1. Deutsche Islam Konferenz: „Religiös begründete schulpraktische Fragen - Handreichung für Schule und Elternhaus“ (vom 25. Juni 2009), S. 3

entwerfen und probieren neue Formen des miteinander Lernens und Lebens aus. Hierfür ist es unerlässlich, dass diese Schulen ein eigenes, selbstverwaltetes Budget erhalten, das auch von der sozialen Lage und den Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schülern bestimmt wird, und ihr Personal selbst wählen können.

8. Frühzeitiges Öffnen der Horizonte bei der Berufsorientierung

Gute Schulen praktizieren bereits ab der 7. Klasse ein an der beruflichen Praxis orientiertes Management für den Übergang von der Schule in die Arbeit beziehungsweise ins Studium. In diese Angebote beziehen sie auch die Eltern mit ein. Gute Schulen suchen auch in Fragen der schulischen Berufsvorbereitung nach neuen Wegen und Unterrichtsformen und kooperieren mit möglichst innovativen und zukunftssträchtigen Betrieben und Führungskräften sowie mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen aus der Region. Und schließlich arbeiten gute Schulen auch in der Berufsvorbereitung intensiv mit externen Trägern und mit Migrantenorganisationen zusammen.

9. Interkulturelle Öffnung der beruflichen Ausbildung sowie der Hochschulen

a. Im Bereich der beruflichen Bildung:

- Den Betrieben ist zu empfehlen, sich auf eine stärkere kulturelle Vielfalt bei den künftigen Azubis zu öffnen.
- Unsere grüne Reform der Berufsausbildung („Dual Plus“) umfasst auch den Vorschlag, interkulturelle Kompetenzen der Azubis verstärkt in die Berufsausbildung einzubeziehen und Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Jugendliche ihre herkunftssprachlichen Kompetenzen zertifizieren lassen können.
- Der Öffentliche Dienst muss – und kann – hier eine Vorreiterrolle übernehmen: Er sollte aktiv damit werben, dass er Berufsfelder beziehungsweise die Berufsqualifikationen (zum Beispiel im Hinblick auf den Besitz interkultureller Kompetenz) erweitert, so dass ausbildungswilligen Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte vermehrt Ausbildungsplätze angeboten werden können.
- Wir begrüßen das Instrument der anonymen Bewerbungsverfahren, das als Pilotprojekt in einigen deutschen Unternehmen umgesetzt wurde. Es muss dann evaluiert werden inwiefern dieses Bewerbungsverfahren Diskriminierung von BewerberInnen tatsächlich reduzieren kann.
- Menschen mit einem Migrationshintergrund sollten schließlich zielgruppenspezifisch für ein lebenslanges Lernen motiviert werden (um höhere Schulabschlüsse, die Hochschulreife, den Meisterbrief oder einen Weiterbildungsabschluss zu erreichen).

b. Im Bereich der Hochschulen:

- Diese sollten schon in der schulischen Berufs- und Studienorientierung junge Menschen aus bildungsfernen Schichten gezielt zum Beispiel darüber ansprechen, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um zum Beispiel Bildungsinländern bessere Lern- und Förderungsmöglichkeiten zu bieten.
- Um nämlich mehr Studienberechtigte aus einem bildungsfernen Umfeld anzuziehen, müssen die Hochschulen vor allem die Studieneingangsphase besser ausgestalten (u. a. durch bessere individuelle Förderung beziehungsweise durch neue Instrumente bei der Studienfinanzierung).

IV. Alle stehen in der Verantwortung

Machen wir uns nichts vor: Der grüne Ansatz, öffentliche Bildungseinrichtungen - auch und gerade in sozialen Brennpunkten - zu den Besten der Stadt oder der Kommune auszugestalten, kostet nicht nur richtig viel Geld. Er bedarf auch einer klaren politischen Willensentscheidung, nämlich zusätzliche Mittel zugunsten von Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten. Nur wo das wirklich gewollt wird, kann u. E. die unselige soziale Entmischung ganzer Stadtviertel gestoppt werden.

1. Bund

Der Bund hat in der Bildungspolitik – seit der von einer ganz großen Koalition aus Union, SPD und FDP 2006 beschlossenen „Föderalismusreform“ – inzwischen gar nichts mehr zu melden. Aber selbst in den Bereichen, in denen der Bund noch eigenständig etwas tun könnte, bleibt Schwarz-Gelb untätig: Um zum Beispiel den Anteil von Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund zu steigern, könnte und sollte er – wie er es in seinem eigenen Integrationsprogramm vorschlägt¹⁶ - ein zielgerichtetes Stipendienprogramm auflegen. Außerdem sollte der Bund Mindeststandards in der frühkindlichen Bildung setzen: Im Sozialgesetzbuch VIII sollte ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ausgeweitet sowie eine Fachkraft-Kind-Relation festgeschrieben werden (1:4 für unter Dreijährige und 1:10 für über Dreijährige).

2. Länder & Kommunen

Die operative (aber auch finanzielle) Hauptlast des grünen Ansatzes liegt zweifellos bei den Ländern und Kommunen. Sie sind in vielerlei Hinsicht gefordert:

- a. Zum einen benötigen wir den weiteren Ausbau des Angebots von echten Ganztagsschulen und einer ganztägigen Kinderbetreuung.
- b. Die Veränderung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher beziehungsweise der Lehrkräfte ist ebenfalls Ländersache: Sie sind dafür zuständig, dass künftig Fragen interkultureller Pädagogik sowie die Vermittlung (sprach)diagnostischer und (sprach)didaktischer Fähigkeiten zum verbindlichen Bestandteil der Curricula an allen Pädagogischen Fach- und Hochschulen werden.
- c. Die Länder sollten ermöglichen, dass in öffentlichen Ausschreibungen für Pädagoginnen und Pädagogen künftig bilinguale beziehungsweise interkulturelle Kompetenzen als Einstellungsvoraussetzung gesetzt werden können.
- d. Die Länder stehen zudem in der Pflicht, eine den Bedarf deckende Sprachförderung an Kitas und Schulen anzubieten. Hierzu gehört nicht nur die entsprechende Aus- und Fortbildung der Beschäftigten, sondern auch die Wahl effektiver Konzepte (wie zum Beispiel die integrierte Sprachförderung) sowie – last but not least – ausreichend Haushaltsmittel zur Einstellung zusätzlicher PädagogInnen für individuelle Förderung.
- e. Die Einführung eines den Bedarf deckenden Islamunterrichts (inkl. der Regelungen für die universitäre Ausbildung entsprechender Lehrkräfte) fällt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Länder.
- f. Und schließlich steht neben den diesbezüglich ohne Zweifel erheblichen finanziellen Mehraufwendungen eine politische Entscheidung an: Ist ein Gemeinwesen bereit, Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten deutlich zu stärken.

3. Schulen

Unser grüner Ansatz stellt auch die Schulen beziehungsweise die Schulverwaltung vor enorme Herausforderungen:

- Die Herausbildung interkultureller Kompetenzen für sämtliche Lehrkräfte ist eine Herkulesaufgabe, die Zeit benötigt.
- Die verstärkte Einbindung von LehrerInnen mit Migrationshintergrund wird einen Lernprozess auf allen Seiten auslösen.
- Die Einführung moderner und innovativer Lernmethoden stößt nicht immer und überall auf Wohlwollen. Gleiches gilt für die Bereitschaft zu strukturellen Reformen, wenn mehr Personalautonomie u. a. zum Wechsel nicht nur von Lehrkräften, sondern auch bis hin zur Schulleitung führt.

Wir verkennen nicht, wie groß die Herausforderungen sind. Diese sind nur zu bewältigen, wenn hierüber vor Ort ein breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht worden ist, dass nur ein solcher Weg die soziale

¹⁶ BT-Drs. 17/3276, S. 81

Entmischung beziehungsweise das Verfestigen eines sozialen beziehungsweise migrantischen „Bildungs-Prekariats“ verhindern kann.

4. Eltern

Schließlich aber tragen auch die Eltern (ob mit oder ohne Migrationshintergrund) für das Gelingen einer integrativen Bildungspolitik selber eine große Verantwortung. Wir erwarten von Eltern Engagement in drei Bereichen:

- a. **Motivation:** Eltern sollten den Bildungsprozess ihrer Kinder (von der Kita über die Schule bis zu Ausbildung und Studium) aktiv fördern. Sie sollten deren Lernbereitschaft ebenso unterstützen, wie ggf. auch den Erwerb und die aktive Nutzung der deutschen Sprache. Eltern sollten ihre Kinder ermuntern, demokratische Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen. Und sie sollten ihren Kindern, unabhängig vom Geschlecht, die Teilnahme an allen Unterrichtsangeboten ermöglichen und diese zu einer Ausbildung beziehungsweise Studium mit einer beruflichen Zukunftsperspektive ermuntern.
- b. **Kooperationsbereitschaft:** Eine enge Kooperation zwischen Kitas / Schulen und Eltern ist ein weiterer Schlüssel zum Erfolg. Zentral hierbei ist die Bereitschaft der Eltern mitzuwirken.
 - an einer professionellen und zielgruppenspezifischen Beratung beim Übergang Kita- Schule / Grundschule-Sekundarschule sowie bei der Planung des Schulabschlusses beziehungsweise der beruflichen Orientierung,
 - an der Entwicklung individueller Bildungspläne,
 - am Abschluss von Bildungsvereinbarungen zwischen Eltern und Schulen.
 - an Teilhabe- und Sprachförderangeboten für Eltern.
 - in disziplinarischen Fragen (zum Beispiel Fällen von Diskriminierung / Mobbing, bei Gewalt oder beim Schulschwänzen).
- c. **Toleranz:** Schulen brauchen die aktive Unterstützung der Eltern. Sie sollten
 - ihren Kindern den Grundsatz der Gleichberechtigung vermitteln und sie zu Toleranz und Akzeptanz vielfältiger Lebensentwürfe erziehen,
 - eine positive Geschlechtsrollenidentität bei ihren Kindern fördern,
 - ihren Kindern die Teilnahme an allen schulischen Fächern beziehungsweise an Klassenfahrten ermöglichen.

Die Zurückdrängung von Bildungsarmut und Eröffnung gerechter Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche aus belasteten Verhältnissen sind ein realisierbares Ziel. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen und konsistente Bildungskonzepte notwendig. Anstelle sachlicher Debatten und klarer Strategien setzten sich bislang leider immer wieder ideologisierte, überzogene Debatten durch. Diese taugen jedoch mehr für Stimmungsmache als für praktische Lösungsansätze. Und dabei wird allzu oft die Hoffnung auf schnelle und kostengünstige Rezepte genährt oder sogar jegliche Erfolgsaussicht bestritten. Gefragt ist hingegen ein konzentriertes, geduldiges Vorgehen, welches im Übrigen allen Beteiligten auch etwas abverlangt. Unser grüner Ansatz zeigt, dass es entscheidend ist, viele – mitunter kleinteilige – Elemente zielgerichtet auszuwählen und sinnvoll ineinander greifen zu lassen. An vielen Orten ist bereits demonstriert worden, dass gute, passgenaue Bildungsangebote der Wegbereiter für gelungene Integration sind.